

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Bewältigung unserer Vergangenheit : zu einem Westschweizer Buch
über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Autor: Jurt, Joseph

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volksmehrheit durch unermüdliche Aufklärung zur Abkehr von den materialistischen Privatinteressen und zur Hochhaltung des Gerechtigkeitsideals zu bewegen, wird auch das Wirtschaftssystem die von der Vernunft und von der Menschlichkeit geforderten Strukturänderungen erfahren können. Das bedeutet aber eine eigentliche *Kulturrevolution* und einen Sozialismus, wie er den besten Sozialreformern unseres Landes, August Forel und Leonhard Ragaz, vorgeschwebt hat. Der humanitäre und demokratische Sozialismus ist nicht eine blutleere Doktrin, sondern eine kulturelle Verpflichtung. Matthias *Eggenberger* hat das in den fünfziger Jahren so ausgedrückt: «Was der Sozialismus anstrebt, ist im tiefsten Grunde nicht die Verwirklichung einer Theorie, sondern die Erfüllung eines jahrhundertealten ethischen Prinzips: der Gerechtigkeit im Zusammenleben aller Einzelmenschen und aller Menschengruppen in einer neuen Gesellschaftsordnung. Verwirklichung des Sozialismus bedeutet Erfüllung des grundlegenden Postulates und Ideals aller Ethik überhaupt, bedeutet damit aber auch Erfüllung alles dessen, was an grundlegenden Werten in unserer menschlichen Kultur überhaupt enthalten ist.»

Dr. Joseph Jurt

Bewältigung unserer Vergangenheit

Zu einem Westschweizer Buch über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Auch uns ist es aufgegeben, unsere Vergangenheit zu bewältigen. Nur allzugern sehen wir unsere Geschichte als eine Reihe von makellosen Bildern. Wenn diese Vorstellungen vielleicht Illusionen wären? Das wohlvertraute Bild der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges ist das eines vorbildlichen Volkes, das, in Einheit des Denkens und Wollens um seine Führer geschart, Neutralität und Unabhängigkeit verteidigt. Hat dieses Bild vor der geschichtlichen Wirklichkeit Bestand?

Dieser Frage ging der junge Westschweizer Intellektuelle Jean-Baptiste Mauroux in seinem Buch «*Du Bonheur d'être Suisse sous Hitler*» nach, das Ende 1968 im Verlag J. J. Pauvert in Paris erschienen ist.

Es geht dem Autor nicht darum, seinem Heimatland den Prozess zu machen. Er will gewisse Realitäten unserer nächsten Vergangenheit offen darlegen und sie analysieren. Sein Buch will aber mehr sein als eine unverbindliche Studie unserer jüngsten Geschichte. Die dargelegten Tatsachen sollen uns anregen, die jetzige Situation der Schweiz zu überprüfen und unsere Zukunft aktiv vorzubereiten.

Neutralitätspolitik im Lichte der Jahrhunderte

Die Kenntnis der Vorgeschichte der schweizerischen Neutralitätspolitik ist unabdingbar für jeden, der die politische Rolle unseres Landes während des Zweiten Weltkrieges beurteilen will. Darum stellt der Autor seiner Studie einen Abriss der Neutralitätsgeschichte voran. Er datiert den Beginn der neutralen Haltung der Schweiz mit der Niederlage von Marignano. Das Ende der schweizerischen Grossmachtpolitik und die innere Uneinigkeit zwangen damals zu einer Stillhaltepolitik. In der Tat wurde die Schweiz, die nach dem Defensionale von Wil bereit war, die Neutralität auch militärisch zu verteidigen, weder in den Dreissigjährigen Krieg noch in den Erbfolgekrieg hineingerissen. Dennoch kämpften Schweizer Söldner in den europäischen Auseinandersetzungen; die Eidgenossen lieferten Kriegsmaterial. So erschien die Neutralität ausländischen Beobachtern zweideutig, etwa dem Legaten von Savoyen, der schrieb: «Die Eidgenossen verkaufen dem Meistbietenden . . . Kein Geschäft ist einträglicher und gesicherter als der Handel mit Menschen, mit Söldnern.» Doch zur Zeit der Französischen Revolution wurde dies nicht mehr respektiert. Am Beispiel von Bern wird dargestellt, wie der Staat zwischen der Kriegs- und der Neutralitätspartei hin- und hergerissen wurde; dass die Neutralität das Volk nicht geeint, sondern geteilt habe. Waren die Leute um A. Frischung wirklich die «Neutralitätspartei»? Verstanden sie sich nicht eher als Friedenspartei? Die Partei des Schultheissen von Steiger verdiente wohl eher den Namen Neutralitätspartei, wollte sie sich doch der Verletzung der Neutralität mit Waffengewalt entgegensetzen. Neutralität im schweizerischen Verständnis bedeutet nicht den Krieg um jeden Preis vermeiden; die Neutralität ist doch eher ein *Mittel*, um unsere nationale Unabhängigkeit zu wahren und diese im Angriffsfall glaubwürdig, mit Waffen, zu verteidigen. Mauroux' These, die das ganze Buch durchzieht, ist aber die — er sucht es mit dem Eingriff Napoleons zu belegen —, *dass nur autarke Nationen ihre Neutralität wirksam wahren können*. Kleinstaaten könnten nur so lange neutral bleiben, als es dem «bösen Nachbarn» gefalle. Die Neutralität, die auf dem Wiener Kongress am 20. März 1815 feierlich besiegelt wurde, lag im Interesse des europäischen Gleichgewichts. Sie ermöglichte der Schweiz wirtschaftlichen Aufstieg und innere Stabilität während der folgenden 150 Jahre. Die Neutralität zwang aber auch zum Stillhalten, die Schweiz konnte keine aktive Aussenpolitik mehr treiben, sie blieb stumme Zuschauerin der Freiheitskämpfe des 19. Jahrhunderts — eine Rolle, die oft unsere Elite schockierte. Chateaubriand beurteilte diese Haltung mit folgenden Worten: «Die Schweizer, die sich während der grossen Revolutionen der Nachbarländer neutral verhielten, verstanden es, sich am Unglück der andern zu bereichern und auf dem menschlichen Unheil eine Bank zu gründen.» Während des Ersten Weltkrieges war unser Volk in seinen Sympathien zwischen Zentralmächten und der Entente geteilt. Diese innere Uneinigkeit (Zerrissenheit) setzte die Neutralität auf eine harte Zer-

reissprobe. Noch nach dem Krieg fand unsere Neutralität dank dem Wirken Bundesrat Mottas weite Achtung. Unsere Hilfe gegenüber den Kriegsopfern wurde geschätzt, unsere Demokratie gerühmt und geehrt. Doch diese Überschätzung hinderte uns, nach J.-B. Mauroux, den wahren Problemen offen ins Auge zu blicken, und führte so zu einem Drama während des Zweiten Weltkrieges.

Die schweizerische Wirtschaft und das Dritte Reich

In unserem Land, das seit der Französischen Revolution vom Kriege verschont blieb, waren die Behörden mehr mit wirtschaftlichen als mit politisch-ethischen Fragen beschäftigt, dies um so mehr, da der politischen Unabhängigkeit keine wirtschaftliche Autarkie entsprach. So konnte man im ökonomischen Bereich nicht von Unabhängigkeit und Neutralität sprechen. J.-B. Mauroux übersieht dabei die Tatsache, dass, völkerrechtlich gesehen, der neutrale Staat weder in seinen wirtschaftlichen Beziehungen zu voller Gleichbehandlung noch in der Meinungsäusserung seiner Presse zur Beschränkung verpflichtet ist. Dennoch wird niemand leugnen, *dass die wirtschaftliche Verflechtung auch politische Folgen zeitigt*. So führte Bundesrat Motta in einer Rede im Jahre 1920 aus, der Krieg habe unsere äussere Abhängigkeit gezeigt, eine Abhängigkeit, die vor allem durch den Mangel an Rohstoffen bedingt sei. Unsere Wirtschaft orientierte sich in der Folge stark nach Deutschland, das uns gegen Fertigprodukte Rohstoffe lieferte. Während des Ersten Weltkrieges war es der Schweiz gelungen, die Aussenhandelsbilanz zwischen der Entente und den Zentralmächten im Gleichgewicht zu halten. Dies war aber im neuen Krieg nicht mehr möglich. In einem Notenaustausch vom 28. April 1939 mit Deutschland wurde vereinbart, der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern sollte im selben Mass aufrechterhalten bleiben, im Kriegsfall würde die Einfuhr lebenswichtiger Waren gesichert. In England, wo man sich voll dem Kampf gegen den Nationalsozialismus verschrieben hatte, übte man Kritik an unserer Haltung. Chamberlain erklärte 1940 vor dem Unterhaus, die Neutralen seien durch die Hilfe, die sie Deutschland gewährten, mitverantwortlich für die deutsche Politik. Die Einschliessung durch Grossdeutschland zwang uns, wirtschaftlich mit den Achsenmächten mitzuarbeiten. Man musste unter dem Druck der vitalen Notwendigkeiten unserer Wirtschaft und in der Furcht eines Angriffes handeln. Diese Anpassung habe aber, so schreibt der Autor, unsren Behörden keine Gewissensfrage bedeutet, man habe sie als geschichtlich unausweichlich betrachtet. Schon 1935, als das faschistische Italien Abessinien überfiel und die Völkerbundsversammlung beschloss, gegen den Paktbruch Italiens mit wirtschaftlichen Sanktionen vorzugehen, hatte sich die Schweiz geweigert. 1936 wies die schweizerische Delegation beim Völkerbund den Gedanken von eventuellen finanziellen und wirtschaftlichen Massnahmen gegen das Dritte Reich mit dem gleichen Hinweis auf die Neutralität ab. Die Alliierten luden die Schweiz seit Sep-

tember 1939 ein, an der wirtschaftlichen Blockade gegen Deutschland teilzunehmen. Die Verhandlungen endeten mit dem Vertrag vom 25. April 1940 über die Kontrolle der Wareneinfuhr in die Schweiz. Dem Bundesrat gelang es, die Alliierten davon abzuhalten, «Schwarze Listen» jener Firmen, die nach Deutschland lieferten, aufzustellen. Nach diesem Arrangement mit England und Frankreich wurde die Schweiz im Mai 1940 in die deutsch-italienische Gegenblockade einbezogen.

Wirtschaftliche Kollaboration

Im Vertrag vom 19. August 1940 zwischen Bern und Berlin wurde dem Dritten Reich ein Clearing-Kredit von 150 Millionen Franken gewährt. Die Alliierten glaubten sich dadurch nicht mehr an ihre Garantieerklärung gebunden. London verlangte die Herstellung einer Verbindung zwischen Grossbritannien und der Schweiz. Die britische Note blieb aber unbeantwortet. *Die Schweiz war nicht mehr frei.* Im Abkommen vom 18. Juli 1941 wurde die Kreditlimite sogar auf 850 Millionen Franken erhöht. Die Eidgenossenschaft konnte so monatlich 207 000 Tonnen Kohle und 20 000 Tonnen Eisen einführen, die teilweise zur Waffenproduktion verwendet wurden. Dargeant schätzt in seinem Buch «*Les Suisses*» (Galimard), dass 80 Prozent der Fliegerabwehrkanonen, die auf den Kriegsschauplätzen standen, schweizerischen Ursprungs waren. Die wirtschaftliche Kollaboration mit dem Deutschen Reich wurde dem Volk schmackhaft gemacht, so etwa durch die Vorträge und Artikel von alt Bundesrat Jean-Marie Musy, durch den Hinweis, dass wir ganz von den Achsenmächten umgeben seien, dass auch Vichy-Frankreich mit Deutschland mitarbeitete, dass wir einfach über keine eigene Kohle und Eisen verfügten. Es fehlte aber nicht an warnenden Stimmen. Karl Barth wies in einem Vortrag vom 13. Juli 1941 auf unsere einseitige wirtschaftliche Orientierung hin. *Durch unsere Lieferungen von Industrie- und Agrarprodukten entlasteten wir den deutschen Arbeitsmarkt, der sich so noch intensiver der Kriegswirtschaft widmen könne.* Wir trügen so indirekt zum Krieg gegen England bei. Jean Mussard, Direktor der General Motors in Biel, schrieb im Dezember 1941, unser Land könne auch ohne so weitgehende Konzessionen an Deutschland überleben. Man unterschätze die Widerstands- und Arbeitskraft unseres Volkes und unsere natürlichen Reserven.

Im Laufe der Verhandlungen, die im Frühjahr 1943 in Berlin begannen, mussten die schweizerischen Delegierten feststellen, dass die Kreditlimite von der deutschen Regierung widerrechtlich um 250 bis 300 Millionen Franken überschritten worden war. Die Schweiz musste stillhalten. Um den Kreditüberhang aufzufangen, wurden die Clearing-Wartefristen von drei auf neun Monate erhöht. Im Protokoll vom 23. Juni 1943 erklärte sich Deutschland bereit, weiterhin zu liefern, ohne neue Kredite zu verlangen. J.-B. Mauroux schreibt, diese Lösung sei für das Deutsche Reich wie für die Schweiz sehr günstig gewesen. Er erwähnt aber nicht, dass die

schweizerische Regierung im erwähnten Protokoll eine Kontingentierung der Exporte von Kriegsmaterial und weiteren kriegswichtigen Waren hatte erreichen können. «Dieses bedeutsame Zugeständnis hatte die Schweiz Deutschland in einer Zeit abgerungen, als sie noch ganz allein auf sich selbst angewiesen war», so würdigt Klaus Urner in seinem fundierten Artikel über «Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges» (*«Neue Zürcher Zeitung»*, 6. 12. 1968, Nr. 756) diese Massnahme. «Es muss ferner berücksichtigt werden, dass am 22. April 1943 Grossbritannien und die Vereinigten Staaten die härteste Massnahme während des ganzen Krieges gegen die Schweiz ergriffen hatten: die Erteilung irgendwelcher neuer Zufuhrbewilligungen wurde eingestellt.»

Durch ein weiteres Abkommen vom 1. Oktober 1943 musste Deutschland ein Wartefristkredit von 100 Millionen Franken für weitere Bestellungen gewährt werden. Diese Abmachung war nicht ohne deutschen Druck ausgehandelt worden. Schon anfangs 1943 hatte die Reichsregierung unser Land informiert, wenn keine neuen Kredite eingeräumt würden, so würden die Kohlenlieferungen um zwei Drittel verringert werden. Seit Beginn 1944 änderte sich die Handelspolitik der Schweiz. Die Vereinbarung vom 29. Juni 1944 gestattete nur noch einen Export von 20 Prozent der Ausfuhr des Jahres 1942 für Kriegsmaterial. Warum brach der Bundesrat die Handelsbeziehungen damals nicht ab? Vielleicht, glaubt Mauroux, um den Alliierten nicht das Schauspiel eines ungewöhnlichen Opportunismus zu bieten. Am 8. März 1945 wurde die alliierte Blockade aufgehoben und die Schweiz nahm wieder die üblichen Handelsbeziehungen mit diesen Ländern auf.

Die Bilanz

Unsere Wirtschaftspolitik während des Zweiten Weltkrieges lässt sich in nackten Zahlen ausdrücken:

Importe aus alliierten Ländern:	2 Milliarden Franken
Importe aus den Achsenmächten:	7,1 Milliarden Franken
Exporte nach alliierten Ländern:	1,7 Milliarden Franken
Exporte nach den Achsenmächten:	5,3 Milliarden Franken

Diese Zahlen können ergänzt werden durch die Angaben, die Direktor Hotz 1944 über die Gesamtausfuhr kontingentierter Waren nach Deutschland machte, wobei die Zahlen in Klammern die Exporte nach den alliierten Staaten angeben:

1937:	46 Millionen Schweizer Franken (78,6)
1938:	60 Millionen Schweizer Franken (83,0)
1942:	353 Millionen Schweizer Franken (13,8)
1943:	425 Millionen Schweizer Franken (17,8)

Die Ausfuhr kriegswichtiger Waren hatte sich im Zeitraum von sechs Jahren vom Verhältnis 1:1,7 zu 23:1 zugunsten des Deutschen Reiches verschoben. Klaus Urner sagt abschliessend zu den schweizerisch-deutschen

Handelsbeziehungen im Zweiten Weltkrieg: «Trotz dem deutschen, aber auch dem alliierten Druck ist es ihr (der Schweiz) immer wieder gelungen, die für sie lebensnotwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel durch die beiden Blockaden hindurch einzuführen und ihren Export in allerdings sehr beschränktem Rahmen mit der ganzen Welt aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zu den Verhältnissen im Ersten Weltkrieg konnte diesmal die autonome Wirtschaftsführung im Inland ungeachtet der vielen Einmischungsversuche gewahrt bleiben. Diese Vorteile, die eigentlich unbelzahlbar waren, hatten nur durch schwerwiegende Konzessionen erlangt werden können. Mit dem Totalverlust von 1119 Millionen Franken im schweizerisch-deutschen Clearingverkehr hat die Schweiz sicherlich das kleinere Übel gewählt.»

J.-B. Mauroux ist in seiner Beurteilung kritischer. Er zitiert Worte des Neuenburger Honorarprofessors M. Miéville, der darlegt, dass wir einen beträchtlichen Anteil an die Aufrüstung der Alliierten bis zur französischen Niederlage geleistet haben, dann hätten wir für Hitler gearbeitet, dessen Sieg unsere Versklavung bedeutet hätte; als die deutsche Gefahr im Schwinden war, wandte sich unsere Wirtschaft wieder dem mutmasslichen Sieger zu. *Wirtschaftliche Neutralität sei in Kriegszeiten unmöglich, die momentan stärkere Partei zwinge in der Tat zur Kollaboration.* Man möge ja nicht die Naivität haben zu glauben, dieser Opportunismus bleibe ohne Folgen auf die Moral einer Nation.

Antibolschewismus

Die Politik unseres Landes zwischen den beiden Weltkriegen wurde wesentlich geprägt durch Bundesrat Giuseppe Motta, dessen Wirken eine konservative und nationalistische Konzeption zugrunde lag. Er verstand in seinem Volk die Leidenschaft für die Unabhängigkeit und einen gewissen Nationalstolz zu wecken. Unleugbar war er vom Faschismus geblendet. Schon Peter Dürrenmatt stellt in seiner Schweizergeschichte fest, dass «Mottas Gegner zur Linken ihm seine grossen Sympathien für das faschistische Italien» vorwarfen. «Das hing mit Mottas Kenntnissen der italienischen Mentalität zusammen, aber auch damit, dass Mussolinis Faschismus bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges weniger nihilistische Züge aufwies als der deutsche Nationalsozialismus.» (!!) Auch Edgar Bonjour schreibt im dritten Band seiner «*Geschichte der schweizerischen Neutralität*», dass Motta den Totalitarismus nördlich und südlich unserer Heimat in seiner ganzen Dämonie nicht erkannt habe, «so dass er in seinen Besprechungen mit dem faschistischen Italien und mit dem nationalsozialistischen Deutschland einen warmen Ton anschlug, der in seinen Beziehungen zu den protestantischen angelsächsischen Mächten fehlte».

Der eigentliche Feind für Motta — so stellt J.-B. Mauroux überzeugend dar — war das kommunistische Russland. Er wurde so zur Verkörperung eines *Antibolschewismus, der seit dem Generalstreik weiteste Teile unserer*

Bevölkerung erfasst hatte. Damals, im November 1918, wurde die russische Sowjetvertretung in Bern ausgewiesen, weil der Verdacht bestand, einzelne Mitglieder hätten sich in die inneren Verhältnisse unseres Landes eingemischt. Die Bedeutung dieser russischen Einmischung wurde wohl überschätzt. Heute wird allgemein die These «Ohne Lenin kein Generalstreik» «als eine unzulässige Simplifikation von komplexen Sachverhalten abgelehnt» (W. Bretscher, NZZ, 10. Nov. 1968, Nr. 695). Die damaligen Informationen über Russland waren äusserst einseitig und vergröbernd. Russland wurde in den Augen des Volkes zur Verkörperung des Antichristen. *Dieser Antibolschewismus wurde zum Nerv der Politik Mottas.*

Er motivierte auch sein Wohlwollen gegenüber den Rechtsdiktaturen. Im September 1934 bekämpfte Motta in einer grossangelegten Rede den Antrag um Aufnahme Russlands in den Völkerbund. «Währenddem der Faschismus ewig ist», so sagte damals Motta, «ist der Bolschewismus nur ein episodisches Phänomen, das bald verschwinden wird.» Man wehrte sich wohl gegen den russischen Imperialismus, tolerierte aber zweimal in Montreux eine faschistische Weltkonferenz. Weil der Kommunismus als Bürgerschreck dargestellt wurde, empfanden eben die Bürger die westeuropäischen Diktaturen als das geringere Übel. So befand sich 1936 die Schweiz unter den ersten, die die Eroberung Äthiopiens durch das faschistische Italien anerkannten und so mithalfen, einen Rechtsbruch gegenüber einem kleinen Volk zu sanktionieren. Am 14. Februar 1939 war die Eidgenossenschaft wiederum eines der ersten Länder, das die Militärdiktatur General Francos anerkannte. *Der Feind blieb nach wie vor Russland, dem man jede Anerkennung versagte.* Nach dem Angriff Deutschlands auf die UdSSR fehlte es nicht an Stimmen, die darin einen Kreuzzug des Abendlandes gegen den Bolschewismus sahen. So schrieb Ph. Amiguet in der Zeitschrift «*Le Mois Suisse*» im Juli 1941: «*Der Reichskanzler Hitler hat das Schicksal Europas in Händen. Sein Sieg wird den Schlusspunkt unter das bolschewistische Abenteuer setzen*, währenddem seine Niederlage Kosaken und Tanks der russischen Armee in unsere Hauptstädte brächte.»

Diese aussenpolitische Linie spiegelte sich auch in der Innenpolitik. Am 26. November 1940 untersagte der Bundesrat die Kommunistische Partei, am 17. Dezember 1940 wurden die vier schweizerischen kommunistischen Abgeordneten aus dem Parlament ausgeschlossen. Die Sektion der NSDAP in der Schweiz durfte jedoch weiter bestehen.

Orientierte Neutralität

Unsere wirtschaftliche Abhängigkeit während des Zweiten Weltkrieges war offensichtlich. Zeitigte sie nicht auch politische Folgen? *War nicht die wirtschaftliche Kollaboration mit dem Dritten Reich der Preis für die Garantierung unserer Neutralität?* In den Augen von J.-B. Mauroux diente der wirtschaftspolitische Opportunismus als Ersatz für ein politisches Programm. In diesem Zusammenhang ist das schon erwähnte Wohlwollen

Mottas gegenüber dem Faschismus zu erwähnen. Dieses Wohlwollen beglich Mussolini mit der Respektierung der schweizerischen Neutralität. Am 5. Juli 1928 erklärte der Duce: «Italien hat ein fundamentales Interesse an der Existenz einer freien, unabhängigen und neutralen Schweiz und an einem Kanton Tessin, der in der Eidgenossenschaft integriert ist.»

Seit der nationalsozialistischen Machtergreifung suchte nun Motta vom Dritten Reich dieselben Garantien unserer Neutralität zu erwirken. In der Tat konnte unser Aussenminister schon 1933, überzeugt von der Aufrichtigkeit seiner Gesprächspartner, berichten, der deutsche Reichsaussenminister von Neurath und der Reichspropagandaminister Göbbels hätten ihm versichert, Deutschland respektiere den schweizerischen Neutralitätsbegriff. Am 19. Juni 1939 lud Motta im Nationalrat das Schweizervolk ein, «die besten Beziehungen mit der Regierung des Dritten Reiches zu unterhalten, so wie sie schon mit Mussolini beständen».

Die Schweiz liess in der Folge ihre Neutralität auch durch Hitler garantieren. G. Motta ermunterte alt Bundesrat Schulthess zu seiner geplanten Reise nach Berlin. Dieser wurde am 23. Februar 1937 von Hitler empfangen. «Zu jeder Zeit, komme, was wolle», so erklärte der «Führer», werde Deutschland die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz respektieren.

Nach dem Anschluss Österreichs schickte Köcher, der deutsche Gesandte in der Schweiz, ein Telegramm über seine Unterredung mit Motta an das Auswärtige Amt in Berlin: «Bundesrat Motta mir gegenüber ausdrückte Bewunderung über Art und Weise der Durchführung des Anschlusses durch Führer, den er infolge innenpolitischer Zerrissenheit Österreichs seit langem unabwendbar angesehen habe. Bezeichnete Anschluss als grösstes weltgeschichtliches Ereignis seit dem Ersten Weltkrieg.» Das Auswärtige Amt drückte nachher dem Bundesrat seine Dankbarkeit für die freundschaftliche und verständnisvolle Haltung in der Frage des Anschlusses aus und bezeichnete alle Gerüchte über eine bevorstehende Verletzung der schweizerischen Integrität als völlig falsch. J.-B. Mauroux schliesst daraus, *der Begriff der Neutralität sei zweideutig geworden, sie sei orientiert gewesen, erkauft durch ein Wohlwollen gegenüber der Politik des Dritten Reiches.* Er macht aber nicht in Schwarzmalerei und schildert eingehend, wie die Schweizer Presse, in der sich doch die Meinung des Volkes spiegelte, unmissverständlich gegen die nationalsozialistische Politik Stellung bezog.

Sah man nicht, wie wenig Verlass auf Garantieerklärungen Hitlers bestand, *Hitler, der schon 1933 Rauschning gegenüber erklärt hatte, es sei das Schicksal der neutralen Staaten, Satelliten der Grossmächte zu werden.* Trotz wiederholten Respektbezeugungen der schweizerischen Neutralität stand es ausser Zweifel, dass Hitler unser Land früher oder später in Grossdeutschland einzuverleiben gedachte. 1942 bezeichnete er Admiral Raeder gegenüber die Eidgenossenschaft als ein Geschwür in Europa, das man nicht länger dulden könne. Der Autor zählt eine stattliche Zahl deutscher

Schulbücher und Atlanten auf, welche die Deutschschweiz schon ins Reich eingegliedert hatten.

Dennoch spendete unser Aussenminister der Politik der totalitären Nachbarstaaten überschwengliches Lob. Am 2. Oktober 1938 bezog Motta in einer Rede in Lugano Stellung zum Münchener Abkommen. Nach dem Lob auf Chamberlain, den «edlen Greis», gestattete sich der bundesrätliche Sprecher, «mit menschlicher Ehrerbietung den grossen Führer des befreundeten Nachbarlandes zu grüssen, Benito Mussolini, der, indem er ohne Zögern die Einladung, sich jenseits der Alpen zu begeben, annahm, die noch bestürzten Gemüter zusammenführte, sich den Titel höchsten Verdienstes erwarb, den nur der trübe Sinn der Kurzsichtigkeit oder des Fanatismus noch zu bestreiten vermag».

Geradezu zynisch musste es wirken, als der schweizerische Botschafter in Deutschland, wenige Monate nach dem Anschluss Österreichs, in München erklärte, es sei das Verdienst des Nationalsozialismus, nicht Aussenpolitik nach imperialistischen Regeln zu treiben, sondern das Selbstbestimmungsrecht der Völker hochzuhalten.

Dass die offizielle Neutralitätspolitik wohlwollend nach Deutschland orientiert war, wurde von der Schweizer Presse immer wieder mit Entrüstung festgestellt. Der französische Militärrattaché schrieb schon 1936 an seine Regierung, schweizerische Regierungskreise unterschätzten die deutsche Gefahr, währenddem diese von der Volksmeinung klar erkannt werde. Noch im Sommer 1939 liess sich der Bundesrat in einer gefährlichen Sicherheit wiegen durch die Versprechen Roms und Berlins. Als man am *30. August 1939* Hitler einen «Ministerrat für die Reichsverteidigung» zur Seite stellte, erklärte Motta der Presse, es werde keinen Krieg geben, denn im Augenblick, wo man einen Mann unter Gewahrsam stelle, werde man nicht dulden, dass er Verrücktheiten begehe. Wie aus dem neuen Buch «*Zwischen allen Fronten*» ersichtlich ist, hatte das Büro Ha schon am *16. Juni 1939* an die Generalstabsabteilung das Anlaufen deutscher Kriegsvorbereitungen gegen Polen gemeldet!

Wehrwille

Im Herbst 1939 hatte General Guisan zwei Eventualpläne im Falle eines Angriffes der Alliierten oder des Reiches aufstellen lassen. Diese Lösung entspricht der strikten Neutralität. Entspricht sie auch dem Ruf des Gewissens? Mauroux hält dafür, dass es *in diesem Krieg, da wesentliche Menschenwerte auf dem Spiel standen, die Pflicht unserer Führer gewesen wäre, die Neutralität aufzugeben, falls unsere Durchgänge den Alliierten den Kampf gegen das Dritte Reich erleichtert hätten*. Der Autor bezeichnet dann die Réduit-Strategie als revolutionär, den Rütlirapport als mutige Manifestation des Wehrwillens der Armee, der dann auch von den Achsenmächten als Herausforderung empfunden wurde. Dass eine Bedrohung der Schweiz wirklich bestand, wird anhand der deutschen Angriffspläne von

1940 (General Leeb) und 1943 (General Dietl) manifest. Die drohende Gefahr wurde durch das Treffen General Guisans mit SS-General Schellenberg gebannt, das damals von Bundesrat Kobelt keineswegs gebilligt wurde. Guisan bestätigte unsere Wehrbereitschaft, die sich gegen jeden Angreifer richte, auch gegen die Alliierten. War der offizielle Ausdruck unseres Wehrwillens so schwach, so fragt Mauroux, dass sich der General dafür verwenden musste? Er gesteht aber unserer Armee zu, dass sie in gefahrloser Zeit die Ehre unseres Landes verteidigt, die innere Freiheit dank dem Wirken Guisans und einiger hoher Offiziere gewahrt habe. Der Autor glaubt, aus den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges habe sich der Mythos entwickelt, unsere Armee könnte, auf sich selbst gestellt, jedem Feind widerstehen. Er versteht nicht, warum Milliarden für die Landesverteidigung ausgegeben werden, währenddem es wirkungsvoller wäre, nur einen Viertel aufzuwenden und sich in ein kollektives Sicherheitssystem einzugliedern. Unverkennbar tritt der Autor für ein verstärktes Engagement unseres Landes gegenüber Europa ein, er sähe darum *unsere Militärpolitik sinnvoller im Schoss der Europäischen Gemeinschaft*.

Anpassung oder Widerstand?

Durch Beschluss der eidgenössischen Räte wurden dem Bundesrat ausserordentliche Vollmachten erteilt. Dieser war bestrebt, die Empfindlichkeit des Dritten Reiches nicht herauszufordern. Nach dem Kriegsausbruch verlangten die neutralen Staaten eine Völkerbundsversammlung. Deutschland machte über seinen Botschafter unsern Aussenminister darauf aufmerksam, dass eine solche Versammlung bedenkliche Folgen nach sich ziehen könnte. Er erreichte von Bundesrat Motta, dass nur der russisch-finnische Konflikt, nicht aber der deutsche Angriff auf Polen auf die Tagesordnung gesetzt wurde!

Die Tragödie des Kleinstaates Polen liess aber unser Volk nicht gleichgültig; auch das Politische Departement dachte daran, einen Vertreter der polnischen Exilregierung von Angers in Bern akkreditieren zu lassen. Das wurde aber darauf vom deutschen Aussenministerium als unfreundlicher Akt bezeichnet. Die Schweiz gab nach und erteilte dem Vertreter der Exilpolen das Agrément nicht!

Seit Kriegsbeginn bestand eine Überwachungsstelle «Presse und Rundfunk», die an Zeitungen und das Radio Weisungen erteilte, was nicht gesagt werden dürfe. So sollte Italien im Falle seines Kriegseintrittes nicht kritisiert werden. Die Presse legte immer wieder anhand von Hermann Rauschnings Werk «*Gespräche mit Hitler*» (das vom mutigen Verlag Oprecht, Zürich, ediert wurde) Deutschlands Weltbeherrschungspläne bloss. Auf deutschen Wunsch wurde das Buch in der Schweiz verboten! 1940 wurde der Presse geraten, die deutschen Erfolge nicht zu verniedlichen, die Schwäche der italienischen Armee nicht darzustellen und den Widerstand de Gaulles unerwähnt zu lassen. In diesem Sinne versteht sich

auch die Rede von Bundesrat Pilet-Golaz vom 25. Juni 1940, kurz nach dem Waffenstillstand in Frankreich, in der er die Schweizer einlud, *sich an die neuen Verhältnisse anzupassen*, da unsere drei grossen Nachbarn, mit denen wir so enge intellektuelle und wirtschaftliche Beziehungen pflegten, miteinander Frieden geschlossen hätten.

Ein Jahr später, am 5. Juni 1941, erklärte der Chef des Politischen Departements vor dem Ständerat, unsere Beziehungen zum grossen nördlichen Nachbarn seien mehr als nur korrekt. In einer Vortragsreihe legte alt Bundesrat Musy dar, wir müssten mit Deutschland wirtschaftlich mitarbeiten, um so beizutragen zum Aufbau einer kontinentalen Wirtschaft, die Stalins Sieg verhindern solle. *Wir hätten kein Recht, uns der neuen europäischen Ordnung zu widersetzen*, so schrieb G. de Reynold im «*Courrier de Genève*» (5. Januar 1941). In der Zeitschrift «*Le Mois Suisse*», die von der Stiftung Pro Helvetia unterstützt wurde, las man in der Oktobernummer 1940 in einem Artikel: «Die militärische Stärke von Italien und Deutschland ist undiskutabel . . . Es ist gut, dass es in dieser Stunde eine Autorität gibt, die sich über ganz Europa erstreckt. Sonst würde nichts unsren Kontinent hindern, völlig dem Bolschewismus oder der Anarchie in die Hände zu fallen.»

Vom Balkankrieg und der Affäre Rudolf Hess sollte unsere Presse nur die deutschfreundliche Version verbreiten. Gegen diese ständige Bevormundung der Zeitungen erhob sich schon 1940 eine Anzahl Journalisten, wie P. Béguin, J. Rubattel und W. Bickel. Karl Barth bezeichnete 1941 unsere Pressefreiheit als illusorisch, solange eine Zensur alle Nachrichten, die der Nachbarmacht unangenehm sein könnten, abschwäche. «Will man, dass wir nachgeben oder dass wir widerstehen?» fragt er sich. «Warum hängt man uns den Maulkorb um, wo doch unser Widerstandswille auf dem Spiel steht?»

Selbst Kreise der Armee erlagen der Versuchung zur Anpassung. Oberst Däniker, Kommandant der Schiessschule Walenstadt, erklärte in einem Rapport nach einer Berlinreise im Jahre 1941, wir müssten unsere nationalen Probleme in bezug auf das neue Europa lösen und sehr enge Kontakte mit dem Reich, vor allem im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, suchen.

J.-B. Mauroux versäumt es aber nicht, auch jene Kreise zu erwähnen, für die es *keine Anpassung*, sondern *nur den Widerstand* gab, allen voran Hauptmann Hans Hausammann, der, seit 1932 ein energischer Feind des Nationalsozialismus, mit eigenen Mitteln ein Spionagenetz aufgebaut hatte, das während des Krieges wertvolle Informationen an General Guisan und Masson vermitteln konnte. In diesem Zusammenhang verdient auch die nationale Widerstandsbewegung Erwähnung, deren Mitglieder bereit waren, ihr Leben für die Unabhängigkeit einzusetzen. Zu ihr zählten Persönlichkeiten wie Botschafter Lindt, Nationalrat Oeri, Hans Oprecht, W. Allgöwer, Nationalrat P. Graber. Die Tätigkeit von «Haus und Heer» unter Oberst Oskar Frey findet ihre gebührende Würdigung. In dieser Chronik

des geistigen Widerstandes werden H. Hauser und A. Béguin nicht vergessen, die in den «Cahiers du Rhône» (Neuenburg) das wichtigste Forum der französischen Schriftsteller bildeten, die unter dem Vichy-Regime zum Schweigen verurteilt waren. Nicht unerwähnt bleibt auch Bernard Anthonioz, der in Genf im geheimen Bernanos' bedeutenden Beitrag zur Résistance, «*Lettre aux Anglais*», drucken liess, ein Werk, das allerdings dann in der Schweiz verboten wurde!

Die Schweiz und die Juden

Ein letztes Kapitel erhellt unsere offizielle Flüchtlingspolitik. In einem historischen Aufriss stellt der Autor die Situation der Juden in der Schweiz dar, die nach den mittelalterlichen Verfolgungen in Lengnau und Endingen ein Ghetto fanden. Gegen schwere Bezahlung konnten sie sich Schutzbriebe erkaufen, doch war ihnen nur der Handel und das Hausieren erlaubt. Die Verfassung von 1848 brachte den Juden keine Gleichstellung. Erst 1863 erlangte die hebräische Minderheit die Gleichberechtigung. Frankreich hatte zuvor diese Bedingung für den Abschluss eines Handelsvertrages gemacht. Zwei Monate nach der Machtergreifung Hitlers erliess der Bundesrat Vorschriften, wonach Juden bei uns nur eine provisorische Aufenthaltsbewilligung erhielten. Bundesrat Häberlin begründete diese Massnahme mit der Gefahr der Überfremdung und der Arbeitslosigkeit. Als 1935 in Deutschland die Rassengesetze in Kraft traten und viele Juden zu fliehen suchten, genehmigte unsere Botschaft die jüdischen Gesuche nicht, da sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch nicht gebessert hatte.

Am 4. Februar 1936 hatte der junge Jude jugoslawischen Ursprungs David Frankförter den Landesführer der NSDAP in der Schweiz, W. Gustloff, ermordet. Das Attentat löste in der deutschen Presse einen Sturm gegen die Schweiz aus. Das Gericht von Chur verurteilte den jungen Juden, der das Hitlertum herausgefordert hatte, zu 18 Jahren Gefängnis. Conradi, der Mörder des Sowjetdiplomaten Worowky (Lausanne, 10. Mai 1923), war jedoch freigesprochen worden!

Um nach dem Anschluss Österreichs sich des Flüchtlingsstroms erwehren zu können, verlangte die Schweiz von österreichischen Staatsangehörigen ein Visum. Die Visumspflicht sollte gegebenenfalls auf deutsche Staatsbürger ausgedehnt werden. Es ging darum, wie unser Botschafter dem Auswärtigen Amt in Berlin mitteilte, eine «Verjudung» der Schweiz zu verhindern. Der Leiter unserer Fremdenpolizei, Dr. Rothmund, schlug den deutschen Stellen vor, man möge doch die Pässe der Juden besonders kennzeichnen (2. 9. 1938). Auf diese Anregung hin wurde in Deutschland den Juden ein rotes «J» in den Pass gestempelt. Diese Passträger durften nur mit Genehmigung der zuständigen schweizerischen Vertretung in unser Land einreisen. Wiederum klaffte ein Graben zwischen den offiziellen Stellen und dem Volk, das in zahlreichen privaten Hilfsorganisationen den Juden half. 1942 wurde mit der «Endlösung der Judenfrage», der Ver-

nichtung der jüdischen Rasse in Europa, begonnen. Viele französische Juden wollten in die Schweiz einreisen. Gemäss einem vertraulichen Zirkular des Justizdepartementes vom 13. August 1942 sollte politischen Gefangenen, Deserteuren und Kriegsgefangenen die Einreise erlaubt werden. *Jene, die nur wegen ihrer Rassenzugehörigkeit die Flucht ergriffen, so die Juden, sollten nicht als politische Gefangene betrachtet werden.* Am 26. September 1942 wurde mit Zustimmung des Bundesrates den Grenzstellen mitgeteilt, die französischen Juden sollten ohne Ausnahme an der Grenze zurückgewiesen werden. Hatte man wohl die Worte, die Kardinal Gerlier drei Wochen zuvor an die französischen Gläubigen gerichtet hatte, nicht gehört?: «Die Deportationsmassnahmen, die gegenwärtig in unserem Land gegen die Juden ergriffen werden, geben zu so schmerzhaften Szenen Anlass, dass wir die gebieterische und schwere Pflicht haben, dagegen den Protest unseres Gewissens einzulegen.»

Wie stand es mit unserer Übervölkerung, die immer wieder als Argument gegen die vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen angeführt wurde? Vor dem Ersten Weltkrieg waren 600 000 Fremde in der Schweiz, 1930 waren es noch 350 000, 1941 323 000 und 1945 nur noch 200 000! Die Schweiz hatte während der ganzen Kriegszeit 275 068 Flüchtlinge aufgenommen, 182 841 waren auf der Durchreise. Gleichzeitig befanden sich in unserem Land nie mehr als 100 000 Flüchtlinge, am 1. September 1945 waren es nur noch 35 540.

Über das Schicksal der Juden, die an unseren Grenzen abgewiesen wurden, brauchte man sich wohl kaum Illusionen zu machen. Aus Hitlers «*Mein Kampf*», aus Rauschnings «*Meine Gespräche mit Hitler*», aus Hitlers Rede vor dem Reichstag am 30. Januar 1942 war eindeutig ersichtlich, dass der «*Führer*» die Vernichtung aller europäischen Juden beabsichtigte. Seit Beginn 1942 wurden auch in der Schweiz die beginnenden Massnahmen des Genozids bekannt. Die sozialistische Zeitung «*La Sentinel*» wurde von der eidgenössischen Zensur unter Kontrolle gestellt, weil sie gewagt hatte, «gegen die Schlächtereien der Konzentrationslager» zu protestieren!

Für Europa

Wieder einmal waren wir vom Krieg verschont geblieben. Seit 150 Jahren, so schreibt J.-B. Mauroux, leben wir für den Mythos unseres Wohlstandes und bleiben so der Mittelmässigkeit verhaftet. Die Schweiz, die von den grössten Prüfungen verschont geblieben ist, könnte wohl kaum vor den Herausforderungen der grossen Politik, einer Politik des Mutes und des Fortschrittes, bestehen. Die wirtschaftliche Anpassung an die Achsenmächte hätte zum Verhängnis führen können, wenn nicht eine bewusste Elite zum Widerstand aufgerufen hätte. Der Autor glaubt, die Kriegsereignisse hätten die Hinfälligkeit der Neutralität eines Kleinstaates gezeigt, dessen Wirtschaft von den Nachbarländern abhängig ist. Die Neu-

tralität hatte durchaus ihre Daseinsberechtigung, als der Nationalismus unseren Kontinent zerriss. Jetzt aber sollte sich die Schweiz nicht mehr an Mythen der Vergangenheit klammern, sondern ihre Strukturen überprüfen, sich zu einer modernen Demokratie entwickeln und teilnehmen am Aufbau der Europäischen Gemeinschaft. Die Schweiz könnte gerade hier wegen ihrer föderalistischen Struktur ihren spezifischen Beitrag leisten.

«*Du Bonheur d'être Suisse sous Hitler*» ist ein mutiges Buch. Es beruht — ein Blick auf die Bibliographie beweist dies — auf eingehender und seriöser Dokumentation. Der Autor hat umfangreiches Archivmaterial, zahlreiche offizielle Rapporte und Zeugenaussagen sowie die einschlägige Literatur verarbeitet. Es geht ihm nicht nur um eine sterile Analyse der Vergangenheit. Das Buch ist geprägt vom persönlichen Engagement des Autors, der sich nicht mit einer differenzierten, aber unverbindlichen Darstellung der Tatsachen zufriedengibt, sondern sich nicht scheut, moralische Werturteile auszusprechen. Seine Darstellung wird so zu einem Aufruf, unsere Gegenwart und unsere politische Zukunft nicht nur zu erleiden, sondern persönlich in die Hand zu nehmen.

Christina Mahn

Die Geschichte des «Mr. 60 Prozent»

Unsere Mitarbeiterin Christina Mahn, Redaktorin beim «Vorwärts», Bad Godesberg, verbrachte jüngst eine längere Studienzeit in Amerika und ist daher in der Lage, aus eigenem Erleben heraus zu schreiben. Dass ihr Bericht von besonderer Aktualität ist, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Red.

Amerikas Neger haben durch ihre Arbeit dazu beigetragen, die USA wirtschaftlich und kulturell zu dem zu machen, was sie heute darstellen. Auf einem dornenvollen Weg haben sie sich — mit der Unterstützung verantwortungsbewusster Weisser — ein gewisses staats- und gesellschaftspolitisches Terrain erobert. Zwischen dieser theoretischen Integration und der Praxis des Alltags klaffen jedoch Unterschiede, die manchmal unüberbrückbar erscheinen. Auf der einen Seite stehen die Menschen, die nicht nur die Pflichten eines US-Bürgers haben wollen; auf der anderen Weisse, denen die Geschichte ein Erhabenheitsgefühl anerzogen hat, das sie so schnell einfach nicht ablegen können. So werden immer Emotionen mitspielen, wenn es um die wirkliche Integration des «Mr. 60 Prozent» in die amerikanische Gesellschaft geht.